

Mf

Drohende Kohlennot.

Schwere Einschränkungen im Gas- und Stromverbrauch

Infolge der bekannten Schwierigkeiten im Ober-schlesischen Kohlenrevier und infolge der geringen Lieferungen aus Rheinland und Westfalen sind die Kohlezufuhren nach Berlin, soweit sie Steinkohlen betreffen, hinter den Erwartungen erheblich zurückgeblieben. Die Kohlenstelle Groß-Berlin rechnet auch damit, daß die nächsten Tage hierin keine nennenswerten Änderungen eintreffen werden. Die Zufuhren werden also auch weiterhin hinter dem tatsächlichen Bedarf zurückbleiben. Der Reichskohlenkommissar hat alle Maßnahmen getroffen, um Berlin vor der drohenden Kohlennot zu schützen. Sämtliche rollenden Waggons mit Kohlen sind auf der Strecke angehalten und nach Berlin geleitet worden. Das Gleiche gilt von den Kohlen, die sich auf dem Wasserwege befinden. In Merseburg werden an der Schleuse sämtliche Oederkähne, die Kohlen vorfrachtet haben, angehalten und nach Berlin geschickt.

Zur Aufrechterhaltung der Berliner Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung und für den Bedarf der Abwässerung und Industrie werden insgesamt monatlich 300 000 Tonnen oder 6 Millionen Zentner Steinkohle gebraucht. Alle Vorräte zusammengerechnet, sind gegenwärtig in Berlin 145 000 Tonnen Steinkohlen vorhanden. Werden die Zufuhren nicht besser, so reicht die Steinkohlenversorgung nur noch für vierzehn Tage, wenn man rechnet, daß wir einen täglichen Bedarf von etwa 10 000 Tonnen haben. Es muß also darauf ankommen, den Bestand zu strecken. Durchgreifende Maßnahmen sind um so notwendiger, als sich die Verkehrsverhältnisse um die Weihnachtszeit auch in geordneten Zeiten zu verschlechtern pflegen.

Die Einschränkungsmaßnahmen erstrecken sich sowohl auf Gas als auch auf Elektrizität, und da die Industrie beides verbraucht, wird sie durch die Einschränkung am meisten betroffen. Die Kohlenstelle hat für heute nachmittag sämtliche Behörden, Industrievertreter usw. zu einer gemeinschaftlichen Besprechung eingeladen, um die Einschränkungen endgültig festzusetzen. Es ist beabsichtigt, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften, den Gemeinden und den Polizeipräsidenten Gassterrunden einzuführen. Gegen die Einführung von Sperrstunden bestehen allerdings wichtige Bedenken, wie die Aufrechterhaltung der Massenspeisung, des Betriebes der Krankenhäuser und der Zeitungsbetriebe. Sodann wird die Straßenbeleuchtung weiter erheblich eingeschränkt. Für die Industrie wird voraussichtlich der Fünfstunden-Arbeitstag vorgeschrieben werden. Die Polizeistunde dürfte für Groß-Berlin auf 11 Uhr festgesetzt werden. Hierdurch wird erreicht, daß der Straßenbahnverkehr eine Stunde früher aufhören kann. Im übrigen soll an dem Straßenbahn- und Hochbahnverkehr nach Möglichkeit nichts geändert werden. Ebenso will man tunlichst die Theater und Kinos vor weiteren Einschränkungen schützen. Allerdings dürften die Theater angehalten werden, etwas früher zu beginnen.

Den Privathaushaltungen dürfte vorgeschrieben werden, daß in jedem Zimmer nicht mehr als eine elektrische Flamme gestattet werden darf. Der Ladenschluß wird wahrscheinlich allgemein auf 5 Uhr nachmittag festgesetzt werden. Von dieser Bestimmung werden die Lebensmittel- und Kohlergeschäfte ausgenommen werden. Eine Einschränkung der Beleuchtung in den Gast- und Speisewirtschaften wird ebenfalls angestrebt. Die endgültigen Beschlüsse werden voraussichtlich spätestens am Mittwoch, 27. Nov., in Kraft treten.

Besser steht es erfreulicherweise um unsere Hausbrandversorgung mit Braunkohlen aus. Die Hauptbezugsquelle Berlins, das Niederlausitzer Kohlenrevier, kommt ihren Verpflichtungen durchaus ordnungsgemäß nach, und auch die Zufuhren an Britteits sind bis jetzt regelmäßig und befriedigend.

Die Kohlenförderung im Ruhrrevier hat in der letzten Zeit einen starken Rückgang erfahren, der in erster Linie auf den Arbeitermangel, hervorgerufen durch die frühzeitige Entlassung der über 20 000 auf den Fechen beschäftigten Kriegesgefangenen, zurückzuführen ist. Dann ist aber die Kohlenförderung auch stark beeinträchtigt worden durch die Streiks auf vielen Fechen. Obwohl zwischen dem Fechenverband und den Bergarbeiterorganisationen eine Einigung über die Arbeiterforderungen (Achtstundentag usw.) erzielt worden ist, kommt es infolge weitergehender Forderungen der Fechengesellschaften immer wieder zu Teilausständen. Eine einigermaßen normale Aufrechterhaltung der Kohlenförderung ist aber nur möglich, wenn die Arbeit nunmehr ohne Störung fortgeführt wird. Augenblicklich ist die tägliche Kohlenförderung der Ruhrzechen auf unter 200 000 T. gegenüber 300 000 T. vor der Revolution gesunken. Auch die vom Reichskohlenkommissar verfügte zehnprozentige Einschränkung der Kokszeugung kann hier keinen genügenden Ausgleich bringen. Uebrigens werden die Fechen bald gezwungen sein, die Koksherstellung noch weiter einzuschränken. Denn der Koksabfall hat infolge der durch die Störung der Erzzufuhr verursachten starken Erzeugungseinschränkung der Hochofenwerke eine außerordentliche Verminderung erfahren.